



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XIII/68 - 18. April 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Das doppelte Spiel Strauss in Paris - Aderauer in London	31
2 - 3	Kantonalwahlen im Zeichen politischer Hochspannung Wohin steuert Frankreich?	68
4	"Eine Verteidigung des Bösen" Pauling gegen Teller	54
5	Hamburg - ein Panal Unüberhörbare Mahnung	51
6 - 7	Haushaltberatungen ohne Glanz Jetzt hat der Ausschuss das Wort	74

\* \* \* \* \*

### Das doppelte Spiel

sp - In Paris hat Bundesverteidigungsminister Strauss der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr zugestimmt. Fast zur gleichen Stunde hat sein Regierungschef, Bundeskanzler Dr. Adenauer, in London den Frauen und Männern, die gegen die atomare Aufrüstung protestierten, die Hand gedrückt, sie zu einem Glas Tee eingeladen und ihnen erklärt: "Ich bin ganz Ihrer Meinung."

Dieses doppelte Spiel könnte eine Grotteske sein, wenn es nicht so furchtbar ernst wäre. In Paris wird NATO-Politik bis zum Exzess gemacht, in London, wo die Protestwelle gegen die Atomwaffenbewaffnung von Tag zu Tag anschwillt, stellt man sich in lächelnder Harmlosigkeit mit den Protestierenden zusammen vor die Fotografen. Der Kanzler redet in London von kontrollierter Abrüstung, sein Verteidigungsminister stimmt in Paris der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr zu.

Das ist die folgerichtige Fortsetzung jener grossen Täuschung unseres Volkes, dem man vor der letzten Bundestagswahl "Keine Experimente" versprochen hatte. Es ist die grausige Verhöhnung von Millionen Menschen, die auf das Prädikat "christlich" vor dem Namen der Partei Adenauers blickten und deswegen ihre Stimmen der CDU gaben.

Die kontrollierte Abrüstung ist das selbstverständliche Ziel jeder vernünftigen Politik. Aber die Sdklarisierung dieses Zieles wird unglaubwürdig, wenn zur gleichen Stunde von zwei Ministern der gleichen Regierung zwei verschiedene Fahnen gehisst werden: Die Fahne der Aufrüstung mit Atomwaffen und die Fahne der angeblich angestrebten kontrollierten Abrüstung.

Wir glauben nicht, dass dieses doppelte Spiel von Paris und London eine Panne ist. Es gehört zum Wesen der Politik der Regierung Adenauer, die von Wiedervereinigung spricht, aber nichts für sie tut, die Sicherheit predigt und die Unsicherheit der Atombomben bringt, die sich christlich nennt und unchristlich handelt.

## Kantonalwahlen im Zeichen politischer Hochspannung

-E-, Paris

Am 20. und 27. April finden in 1 573 französischen Kantonen - etwas mehr als die Hälfte aller Kantone Frankreichs und der Überseedepartements mit Ausnahme Algeriens - Neuwahlen zu den Departemental-Parlamenten statt. Etwa 11 Millionen Wähler haben in ihren Kantonen Generalräte zu wählen, denen gleiche Aufgaben gestellt sind, wie den Mitgliedern der Provinzialversammlungen und Kreisräten in der Bundesrepublik. Grundsätzlich sind die Aufgaben der Departemental-Versammlungen unpolitischer Natur. Die Praxis zeigte jedoch, dass die zu Generalräten gewählten Persönlichkeiten, die ein sechsjähriges Mandat ausüben haben, beträchtlichen politischen Einfluss ausüben können und in zahlreichen Fällen auch ausüben.

In diesem Jahre sind die Kantonalwahlen politisiert. Nahezu alle Parteien und politischen Gruppierungen trachten danach, ihnen einen ausgeprägten politischen Charakter zu geben. Die Gründe liegen klar zutage. Heute gibt es kaum noch Probleme abseits der grossen Politik. Ausserdem - und das ist wohl der Hauptgrund - stehen die Neuwahlen zum Rat der Republik, der 2. Kammer des französischen Parlaments unmittelbar bevor. Im Mai sind 50 % aller Senatsmandate in indirekter Wahl zu erneuern und die Generalräte stellen dabei die Mehrheit der Grosswähler. Der Kampf um die Generalrats-Sitze ist also eine Messe wert und deshalb machen alle Parteien grösste Anstrengungen, um an den kommenden Sonntagen eine möglichst günstige Position zu erzielen.

Eine der Eigenarten des Stichwahlsystems für die Kantonalwahlen ist, dass es die stärkste Partei, die Kommunisten, die mindestens 25 % der Wähler hinter sich gruppieren, weitgehend aus den Generalräten ausschliesst. Das ist die Folge der Abneigung nichtkommunistischer Gruppierungen, sich in der Stichwahl mit den Kommunisten zu verbinden. Überall dort, wo die Kommunisten im 1. Wahlgang nicht zum Zuge kommen, befindet sich ihr Kandidat in der Stichwahl in nahezu aussichtsloser Position. Auch die Stellung der Sozialisten ist, obwohl sie zahlreiche Koalitionsmöglichkeiten mit bürgerlichen und republikanischen Linkselementen besitzen, keineswegs günstig. Sie spielen zwar in den Generalräten eine bedeutende Rolle, sind aber im Vergleich mit den Konservativen und sogenannten unpolitischen Gruppen lokalbedingter Natur stark benachteiligt. Zu ihren Ungunsten wirkt die Tatsache,

dass die schwachbesiedelten ländlichen Kantone, die im allgemeinen für konservative Kandidaten eintreten, in gleicher Weise zur Geltung kommen, wie die grossen dichtbevölkerten städtischen Kantone, da jeder Kanton nur einen Vertreter zu wählen hat.

Die Wahl findet in einem Augenblick politischer Hochspannung und Verwirrung statt. Noch vermag niemand zu sagen, wer der Nachfolger des gestürzten Gaillard sein wird. Der Tunesien- und Algerienstreit wird infolgedessen bei den bevorstehenden Wahlen stark auf die Wählerentscheidung einwirken. Die Unabhängigen versuchen die herrschende Misstimmung auszubeuken und hoffen in der Stichwahl durch die Unterstützung reaktionärer und poujadistischen Kreise den Sieg davonzutragen, der für sie ein ausgezeichnetes Sprungbrett für die nachfolgenden Wahlen zum Rat der Republik wäre. Eine Stärkung ihrer Position in der 2. Kammer würde unmittelbar die Steigerung ihres politischen Einflusses in einer künftigen Koalition bedeuten.

Darüber hinaus wäre die Einflusserrhöhung ein äusserst interessantes Vorzeichen für die im Herbst 1960 fällige Präsidentschaftswahl, die sie unter allen Umständen gewinnen wollen. Die Vorbereitungen dafür sind jetzt bereits im Gange. An Kandidaten fehlt es nicht. Der frühere Botschafter in der Bundesrepublik André François-Poncet hält sich offenbar für das Präsidentenamt berufen; er trachtet ungeachtet seiner zahlreichen Ehrenämter danach, als Senator in das Palais Luxembourg einzuziehen, um 1960 für die Präsidentschaftswahl verfügbar zu sein. Auch der ehemalige Ministerpräsident Antoine Piray, der eigentliche Führer der Unabhängigen, dürfte kaum Nein sagen, wenn ihm die Kandidatur für das höchste Staatsamt angetragen würde, umso weniger, als er als gewählter Präsident der Republik den zahlreichen Konflikten entgehen würde, denen er als Führer der Unabhängigen infolge der Gegensätze in ihrem Kreise ohne Unterlass ausgesetzt ist. Seine derzeitige Stellung ist tragisch und komisch zugleich. Seine politische Einsicht und sein Charakter machen ihn zu einem Mann der Verständigung, die er auch in den nordafrikanischen Fragen anstrebt. Seine Partei hindert ihn infolge ihrer Unbeherrschtheit und der demagogischen Haltung der Extremisten daran, seiner besseren Einsicht zu folgen.

### \*Eine Verteidigung des Bösen\*

Ein Grossteil der deutschen Presse hat im Auszug einen in der amerikanischen Zeitschrift "Life" erschienenen Artikel des Vaters der Wasserstoffbombe, Dr. Teller, veröffentlicht, der sich für die Fortsetzung der Atombombentestversuche aussprach. Darauf antwortete in der nächsten Ausgabe von "Life" der berühmte Nobelpreisträger Dr. Linus Pauling. Es ist kennzeichnend für die Einstellung eines Teils der deutschen Presse, dass sie zwar dem Atombombenapostel Teller Raum gewährte, aber die Gegenargumente Paulings unterschlug.

Die Petition, die am 13. 1. 1958 von 9235 Wissenschaftlern den Vereinten Nationen unterbreitet wurde, enthält die richtige Erklärung: "Jede weitere Strahlenmenge schädigt die Gesundheit der Menschen in der ganzen Welt und fügt dem Keimplasma der gesamten Menschheit Schaden zu, was zu einer zahlenmässigen Zunahme von Kindern mit ernsten Erbschäden führt, die in künftigen Generationen geboren werden". Sie enthält nicht die ungenaue Umschreibung, wie es Dr. Teller und Latter in ihrem zweiten Satz darstellen und sie dann als unwahr angreifen - eine alte Propagandatechnik.

Es ist eine unwahre Erklärung, dass "es ausserordentlich unwahrscheinlich ist, dass jeder eine lebensunfähige Dosis von mindestens 5 Röntgenstrahlen von dem weltweiten Atomabfall bekommen würde." (Weltweiter Abfall wird von Dr. Teller und Latter als ein Abfall ausserhalb des Testgebietes definiert). Die AEC (Atomenergie Kommission) führte in ihrem Bericht vom Juli 1953 Nevada und Süd-Utah auf, demzufolge 7 000 Einwohner nach einigen kleinen Bombenversuchen im Nevada-Testgebiet durchschnittlich über 5 Röntgenstrahlen ausgesetzt waren.

Eine andere falsche Angabe über die Todesstatistiken durch Leukämie und Knochenkrebs in Denver, San Francisco und New Orleans ist: "Das einzige, was diese Statistiken beweisen, ist, dass die Ausstrahlungen in kleinen Dosierungen nicht notwendigerweise schädlich sind - tatsächlich können sie sogar möglicherweise hilfreich sein". Diese Erklärung ist nicht wahr, die Statistiken beweisen sie nicht.

Unter den vielen irreführenden Angaben möchte ich der Abschnitt über die Dichte der kosmischen Strahlen in Tibet erwähnen. "Jedoch wurden bei den Menschen in Tibet keine genetischen Unterschiede festgestellt." Die Doktoren Teller und Latter wissen, dass Erbforscher (Biologen) schätzen, dass die kosmischen Strahlen zu 15 % mehr Kinder mit Erbschäden in Tibet aufweisen werden als woanders und dass keine medizinischen Statistiken vorhanden sind, diese Zahl zu überprüfen. Ihre Erklärungen über Tibet haben keinerlei Wert. Dr. Teller sagte später, dass dieser Abschnitt hineingenommen wurde, um "die Befürchtungen der Bevölkerung zu zerstreuen". Das ist reine Propaganda.

Der ganze Artikel ist eine Verteidigung des Bösen, ein Appell für die fortgesetzte Anwendung der Gewalt, ein Angriff auf die Bemühung, Vernunft in das Weltgeschehen zu bringen.

Es ist nicht nur unklug, sondern auch unmoralisch für die Menschen der Welt, ihr Vertrauen in Waffen zu setzen, die dazu geschaffen sind, hunderte von Millionen zu töten und die Erde zu verwüsten. Die zwingende Notwendigkeit in der Welt vor heute besteht nicht darin, die Versuche mit nuklearen Waffen fortzusetzen, vielmehr ist es eine Notwendigkeit, damit aufzuhören, die Hilfsquellen der Welt für die Bewaffnung zu verschwenden und eine Notwendigkeit, die internationalen Probleme durch vernünftige Verhandlungen zu lösen, den Krieg zu beseitigen und Moral und Gerechtigkeit in ihren rechten Platz von primärer Bedeutung in der Gestaltung der Welt zu bringen.

### Hamburg - ein Panal

sp - Eine solche Kundgebung hat Hamburg, das deutsche Tor zur Welt, genannt, auf seinem traditionsehrwürdigen Boden noch nicht gesehen. Weit über 100 000 Menschen füllten, einem Aufruf des überparteilichen Komitees "Kampf dem Atomtod" folgend, den Platz vor dem Rathaus, um ihren Zorn und ihrer Empörung gegen die von der Bundesrepublik beabsichtigte Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen Ausdruck zu geben. Diese Männer und Frauen betrachteten sich gewiss nicht als Kapitulant vor dem Bolschewismus, als Zerstörer unserer bundesrepublikanischen Ordnung oder als Feinde der Demokratie. Der Hauptsprecher auf dieser Kundgebung war Max Brauer, jener Mann, mit dessen Namen das glänzende Aufbauwerk der größten Stadt in der Bundesrepublik untrennbar verknüpft ist und dessen Name auch in der angelsächsischen Welt einen guten Klang besitzt. Nur eine abgefeimte und keine Skrupel kennende Propaganda kann solche Männer zu "Feinden der Demokratie abstempeln". Hamburgs Bevölkerung marschierte auf, um für das Recht zu demonstrieren, das jedem Staatsbürger in einer Demokratie gegeben ist: das Recht, seinen Willen kundzutun.

Dieses natürliche Recht des Staatsbürgers ist in Gefahr. Die CDU nennt sich zwar eine demokratische Partei, aber sie ist heute dabei, den Staatsbürger zu entmündigen. Sie will seine Stimme, seine Meinung und seinen Willen nicht mehr hören. Sie hat Angst - eine nur zu begründete Angst - vor einer Volksbefragung, die erkunden soll, wie die Bürger der Bundesrepublik über den Atombombenbeschluss der Regierungsparteien denken.

Die Auseinandersetzung darüber hat längst die Parteigrenzen gesprengt, Kräfte und Persönlichkeiten nehmen an ihr teil, die bisher an der Peripherie der Politik lebten. Dem Unterzeichner des Göttinger Appells schwebte gewiss nicht vor, in einen Tagesstreit, wie er im Wesen der Demokratie liegt, einzugreifen; sie folgten der Stimme ihres Gewissens, das Reden gebot, wo Schweigen nicht gestattet war. Jener Appell der deutschen Atomphysiker vor über einem Jahr hatte zunächst keine unmittelbaren Auswirkungen, er vermochte die Entscheidung der Bundesbürger kaum zu beeinflussen, da eine raffinierte Regierungspropaganda es verstand, den bundesrepublikanischen Wähler mit Phrasen über eine falsche Sicherheit einzuredeln.

Heute ist das Bewusstsein über die Atomgefahren Gemeingut nicht nur einiger Weniger, das ganze Volk spürt die Gefährdung seiner Existenz. Der Ankauf der Matador-Raketen und die erklärte Absicht der Bundesregierung, in den Wettlauf mit atomaren Waffen einzusteigen, haben ihre aufrüttelnde Wirkung nicht verfehlt. Der Aktion gegen die atomare Bewaffnung verleihen Spitzengestalten des geistigen Lebens in der Bundesrepublik ihre Unterstützung, sie ist für sie zu einem Testfall der politischen Moral und humanitären Gesinnung geworden. Wer, der vor sich selbst bestehen will, kann es auch sehenden Auges zulassen, dass unser Volk auf einen Weg totaler Vernichtung geführt wird?

Diese Hamburger Demonstration, Auftakt zu vielen Kundgebungen ähnlicher Art in vielen Städten der Bundesrepublik, zeigt die Größe und die Tiefe einer Unruhe, aber auch eines Willens zur Widerstand, der alle Schichten unseres Volkes erfasst hat. Schlecht wäre eine Regierung beraten, die darüber leichtfertig hinwegginge.

### Haushaltsberatungen ohne Glanz

FB. - Am Mittwoch dieser Woche hat der Deutsche Bundestag in erster Lesung das Haushaltsgesetz 1958 beraten. Knapp 24 Stunden später hat der Haushaltsausschuß des Bundestages offiziell seine Beratungen an diesem Gesetzeswerk, das fast 40 Milliarden DM umfaßt, aufgenommen. Man muß das Wort offiziell betonen, denn der Haushaltsausschuß, der unbestreitbar zu den fleißigsten Gremien des Bundestages gehört, hat sozusagen ohne gesetzlichen Antrag bereits vor der Überweisung durch das Plenum Einzel-Etats beraten, um die Zeit aufzuholen, die durch Versäumnisse der Bundesregierung verloranging.

Der offizielle Auftakt im Haushaltsausschuß war nicht schlecht, denn bei der Beratung des Einzelplanes des Bundesjustizministeriums hat Minister Schäffer auf alle Stellenneuanforderungen verzichtet. Dieser Verzicht wurde ausgesprochen, nachdem der ehemalige Bundesfinanzminister, der sich gerade in dieser Frage in einer schlechten Position befand, einsehen mußte, daß ihm der Haushaltsausschuß ohnehin mit dem Rotstift alles durchkreuzt hätte.

Kun ist zugegebenermaßen der Justiz-Etat nicht derjenige, an dem sich politische Leidenschaften entzünden könnten und in der Milliardensumme spielt dieser Etat nur eine bescheidene Rolle. Es wird sich erst später zeigen, ob der Haushaltsausschuß wirklich in seiner Gesamtheit und vor allem bei den Regierungsparteien bereit ist, sich der Stellenflut entgegenzustermen.

Noch wichtiger aber wird sein, ob es gelingt, bei den Sachausgaben Verlagerungen vorzunehmen. Das gilt insbesondere für die Rüstungsausgaben, denn sie allein bilden den haushaltsmäßigen Spielraum mit einem nennenswerten Umfang. Allerdings haben in den vergangenen Jahren die Regierungsparteien gerade diesen Etat - so formulierte es der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Erwin Scheffle wie einen "Klotz in der Landschaft" behandelt. Die Starrheit in dieser Frage führte bekanntlich zum Julius-turm mit allen seinen schädlichen Folgen.

Im diesjährigen Etat befinden sich für die sogenannten Verteidigungslasten 10,9 Milliarden DM, eine Summe, die die Leistungskraft der deutschen Wirtschaft überschreitet bzw. dringende Aufgaben in ihrer Durchführung behindern. Mehr Mittel für den Straßenbau, eine angemessene Summe für den zivilen Schutz der Bevölkerung, mehr Gelder für Wissen-

schaft und Forschung oder andere wichtige Aufgaben werden sich nur dann etatmäßig bereitstellen lassen, wenn man auch nicht haushaltsmäßig ohne Rücksicht auf Verluste "NATO, NATO über alles" singt.

Um einer bekannten CDU-Diffamierung vorzubeugen: Diese Feststellungen beinhalten nicht ein sogenanntes Bekenntnis zur Schutzlosigkeit des deutschen Volkes. Die Sozialdemokratie hat sich 100-fach bereit erklärt, im Rahmen einer vernünftigen internationalen Sicherheitspolitik ihren Beitrag zu leisten. Die Rüstungskonzeption der Bundesregierung und die dafür aufgewandten Mittel aber geben der deutschen Bevölkerung keine Sicherheit.

Vielleicht ist ein kurzer Rückblick auf die erste Lesung des Haushalts im Plenum selbst gestattet. Der Bundesfinanzminister dürfte klargemacht haben, daß in der Zukunft auf die Bevölkerung nur neue Belastungen zukommen. Es ist der erste Haushalt der neuen Regierung Adenauers, einer Regierung, die auf allen Gebieten keine Experimente und wachsenden Wohlstand versprochen hat. Aus diesem Haushalt aber guckt bereits wie das Hemd aus der Hose des Vagabunden die Steuererhöhung hinaus. Das ist keine unbegründete Voraussage, denn schließlich war schon am Donnerstag aus dem Bundesfinanzministerium zu hören, daß man an eine drastische Erhöhung der Mineralölsteuern denkt, um Mittel für den Straßenbau aufzutreiben.

Zum Stil dieser Debatte läßt sich sagen, daß eigentlich nur der Oppositionsredner eine Haushaltsrede gehalten hat. Alle anderen Sprecher haben sich mit mehr oder weniger kleinen Details befaßt, hier einen Flicker heraufgesetzt, dort eine neue Naht genäht, ohne dem Wesen dieses Tages gerecht zu werden. So bleibt auch in diesem Jahr das große Bedauern darüber, daß der Haushaltstag in der Bundesrepublik immer mehr an Bedeutung, Glanz und Farbe verliert; eine betrübliche Entwicklung, denn wenn es um rd. 40 Milliarden DM geht, dann sollte man für diese Beratung mehr an parlamentarischer Leidenschaft und auch an Zeit aufwenden.

Im Bundestag hat man immer große Tage, wenn es um die Außenpolitik geht, dann leuchten die Scheinwerfer für die Wochenschauen und die Fernseh-Kameras. An dem Tage, an dem über die Milliarden beraten wird, die diese Politik erst ermöglichen, aber herrscht leider oft parlamentarische Langeweile. Eine betrübliche Entwicklung, wenn man bedenkt, was diese Debatten im englischen, französischen oder amerikanischen Parlament bedeuten.

+ + +